

**Protokoll der Fachausschusssitzung „Bau, Umwelt und Verkehr“ des Stadtteilbeirates
Walle am 04.. März 2013 im Ortsamt West**

Nr.: XI/03/13

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.45 Uhr

Anwesend sind:

Frau Cecilie Eckler- von Gleich

Herr Jörg Tapking, in Vertretung für Herrn Bierstedt

Herr Wolfgang Golinski

Herr Jörg Harms

Herr Haris-Dieter Köhn

Herr Rolf Surhoff

Herr Gerald Wagner

An der Teilnahme sind verhindert:

Herr Thomas Bierstedt

Gäste:

Herr Andree Röpken - ASV

Herr Andrée Kröger - Bremer Wiesn Sommer

Herr Theo Bührmann - Bremer Wiesn Sommer

Herr Dirk Hürter - SUBV

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um TOP 2a sowie TOP 4b ergänzt:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/02/13 vom 04.02.2013

TOP 2a: Bremer Wiesn Sommer
dazu: Herr Theo Bührmann, Andrée Kröger

TOP 2b: Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
Verfahren zur Neuaufstellung des Landschaftsprogramms Bremen
dazu: Herr Dirk Hürter / SUBV

TOP 3: Beleuchtung von Straßen und Wegen im Stadtteil
dazu: Herr Andre Röpken / ASV

TOP 4a: Neuaufstellung Flächennutzungsplan
hier: Erörterung der Änderungspunkte in Walle

TOP 4b: Anträge

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil der Sitzung:

TOP 6: Beratung der im Amt eingegangenen Baugenehmigungsverfahren

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung

TOP 1: Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll liegt noch nicht vor.

TOP 2a: Bremer Wiesn Sommer

Die Herren Bührmann und Kröger berichten über die geplante Veranstaltungsreihe in der Überseestadt, die 19 Veranstaltungen umfasst. Folgende Änderungen zum Vorjahr wurden gemacht:

- Die Veranstaltungsfläche ist weiter entfernt von der Wohnbebauung;
- Kürzere Wege zur Straßenbahn;
- Enge Zusammenarbeit mit der BSAG;
- Ein neues Transportkonzept wurde ausgearbeitet;
- Akustische Verbesserungen ausgearbeitet;
- Für ausreichende Parkmöglichkeiten wurde gesorgt;
- Die Lärmgrenzwerte werden eingehalten, Messpunkte werden eingerichtet, es gibt ein Messprotokoll.

Weitere Informationen:

- Veranstaltungsende freitags und samstags 3.00 Uhr morgens.
- Das Hostel ist informiert;

Forderungen des Beirates:

- Aufstellung von weiteren Herrentoiletten
- Zukünftige Darstellung/Bewerbung der Veranstaltung: Walle/Überseestadt

Außerdem wird vom Beirat darauf hingewiesen, dass es keinen Antrag der WFB gibt

Absprache: Vorbehaltlich der Zustimmung der Polizei wird den Veranstaltungen zugestimmt.

TOP 2b: Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Herr Hürter berichtet anhand eine Power-Point-Präsentation (Anlage 1) über die Neuaufstellung des Landschaftsprogramms Bremen, da die Aufstellung der Pläne von 1991 mittlerweile durch die veränderten Zielvorstellungen in der Stadtentwicklung, Stadtplanung und Landschaftsplanung veraltet sind. Sie ist das zentrale Planungsinstrument des Naturschutzes und der Grünordnung.

- Die Neuaufstellung des LaPro läuft zeitparallel in enger inhaltlicher Abstimmung mit dem des Flächennutzungsplans (FNP) und des Verkehrsentwicklungsplans (VEP).
- Aufgaben des LaPro sind:
 - Bewertung des Zustands von Natur und Landschaft (Boden, Wasser, Klima, Biologische Vielfalt, Landschaftsbild und Erholungsfunktion).
 - Darstellung der Ziele des Naturschutzes.
 - Darstellung der Konflikte mit anderen Planungen und Vorhaben sowie von Beiträgen zur Lösung dieser Konflikte.
 - Darstellung der Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes
- Ziele des Naturschutzes im besiedelten und unbesiedelten Bereich sind:
 - Biologische Vielfalt mit dem Erhalt der Artenvielfalt.
 - Leistungen des Naturhaushalts, nachhaltige Nutzung der Naturgüter Boden, Wasser, Luft/Klima in Kooperation mit den bäuerlichen Betrieben.
 - Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie Erholungswert von Natur und Landschaft im Einklang mit der Energiewende.
 - Breites Spektrum mit vielerlei Bezügen: zur Stadtplanung und zu anderen Umweltfachplanungen (Wasserbehörden, Hochwasserschutz, Landwirtschaft usw.).
 - „Grüne Innenentwicklung“ durch Ausgleichsmaßnahmen innerhalb Bremens zur Verbesserung der städtischen Lebensqualität.

- Die Nutzung der Informations- und Bewertungsgrundlage soll für die nächsten 10-15 Jahre ausreichen wie beim FNP.
- Die Bevölkerung/Beiräte werden gebeten, sich an den interaktiven Plänen an der Erstellung des Landschaftsprogramms zu beteiligen und können eine Stellungnahme unter Lapro@umwelt.bremen.de oder über www.lapro-bremen.de abgeben. Es können auch Angaben zu Orten mit einem besonderen Identifikationswert wie zum Beispiel die Nicolai-Kirche, Friedhöfe, In den Wischen u.s.w. gemacht werden. In der nächsten öffentlichen Sitzung darauf aufmerksam machen.

Stellungnahme: zur Kenntnis genommen

TOP 3: Beleuchtung von Straßen und Wegen im Stadtteil

Die Mitglieder des Fachausschusses stellen die Lage zur Beleuchtung von Straßen und Wegen dar und weisen darauf hin, dass einige Örtlichkeiten schlecht ausgeleuchtet sind, z.B. Osterfeuerberg, Holsteinerstraße, Quartier um den Haferkamp, Mäusetunnel etc. Herr Röpken berichtet, dass in den 70er Jahren die Entfernungen zwischen den Straßenlaternen 80 m betragen. An der Umstellung auf 40 m wird immer noch gearbeitet. Von ca. 200 Straßen wurden in den letzten Jahren 55 Straßen umgestellt. Herr Röpken wird sich Tunnel und Angstorte ansehen. Die Mitglieder des Beirates sind aufgefordert, dem Ortsamt defekte Straßenlampen bzw. schlecht ausgeleuchtete Orte zu melden. Herr Röpken wird daraufhin informiert.

TOP 4a: Neuaufstellung Flächennutzungsplan

Nach einer kurzen Erörterung der Thematik wird der Flächennutzungsplan zur Kenntnis genommen.

In diesem Zusammenhang wird auf die Schließung von Teilen des Waller Friedhofes hingewiesen. Die Planungen ziehen sich über einen Zeitraum von 30 bis 35 Jahren hin. An bestimmten Örtlichkeiten des Friedhofs wird es zukünftig keine Bestattungen mehr geben. Diese Fläche muss dann zur Grünfläche werden.

TOP 4b: Anträge

Es liegen zwei Anträge, der LINKEN und ein gemeinsamer Antrag SPD/GRÜNE, zu Kleingartengebieten vor (Anlage 2 und 3). Abstimmung:

Antrag SPD/GRÜNE: 6 Zustimmungen/1 Gegenstimme

Antrag LINKE: 1 Zustimmung / 6 Gegenstimmen

Damit ist der Antrag von SPD/GRÜNE angenommen.

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

- Verkehrssituation Kohlen-/Juist-/Hemm-/Borkum-/Meta-Sattler-Str.: lt. ASV soll im April eine Verkehrszählung erfolgen. Die Ergebnisse der Auswertung werden im Mai vorliegen. TOP Bauausschusssitzung Juni 2013? Der FA stimmt diesem Ablauf zu.
- Rückbau kaum genutzte, unwirtschaftliche öffentliche Telekommunikationsstellen: der Rückbau in Holsteiner Straße 142, Lange Reihe 65, Waller Heerstr. 291 wird mit Bedauern zur Kenntnis genommen.
- Stellungnahme Feinstäube Blocklanddeponie: Die Ergebnisse der Laboruntersuchung liegen vor, für Laien aber nicht lesbar. Eine Bewertung der Ergebnisse soll angefordert werden.
- Beiratsbeschluss Lärmschutz an der Bahn Osterfeuerberg: Kenntnisnahme, in einer späteren Sitzung zum TOP.
- Verkehrsordnung Osterfeuerbergstraße: beidseitig horizontales Brückenleitmal VZ 628-30 angeordnet. Kenntnisnahme.

- Anhörung Kohlenstraße, Haltverbot auf der bahnseitigen Seite der Kohlenstraße: Zustimmung.
- Grundwasserabsenkung Erneuerung Mischwasserkanal Osterfeuerbergstraße: Kenntnisnahme.
- Car-Sharing-Stationen in Walle: TOP bei einer nächsten Sitzung

Vorsitzende/Protokoll:

U. Pala

- Pala -

Sprecher:

L. Golinski

- Golinski -

Kleingartengebiete sichern und weiterentwickeln!

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

1. Der Stadtteilbeirat Walle hält weiterhin an der vom Runden Tisch erarbeiteten Rahmenvereinbarung fest, die vom Senat übernommen und im Juli 2002 beschlossen worden ist.
2. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, die Rahmenvereinbarung, die in einer Dienstanweisung festgehalten worden ist, zukünftig sozialverträglicher zu handhaben. Soziale Härten und der Einsatz von unverhältnismäßigen Mitteln, wie geschehen bei der vor kurzem stattgefundenen Räumung eines bewohnten Kaisenhauses, darf es in Zukunft nicht geben!
3. Der Stadtteilbeirat Walle setzt sich seit langem für die Aufwertung der Waller Feldmark zum Naherholungsgebiet ein. Er erwartet deshalb zum einen, dass die seit Jahren leerstehenden und nicht mehr bewohnbaren Kaisenhäuser nunmehr unverzüglich abgerissen werden. Zum anderen müssen aus brachliegenden Flächen schnellstmöglich verpachtbare Gärten entstehen oder öffentliche Grünflächen.
4. Aus Beiratssicht ist es nicht förderlich, vorhandene Wohnungsprobleme in Bremen oder Ideen zum alternativen Wohnen, für die es politische Lösungen geben muss, mit dem Thema „Weiterentwickeln der Kleingartengebiete“ zu verknüpfen. Dennoch müssen neue Ideen und Lösungsansätze gefunden werden, um die Waller Feldmark als wohnortnahes Erholungsgebiet attraktiver zu gestalten.
5. Wir begrüßen deshalb, wenn der Senat von der Stadtbürgerschaft aufgefordert wird, das Konzept über den Umgang mit Wohnnutzungen und strittigen Bauten in Kleingartengebieten zur Vermeidung unbilliger Härten zu überarbeiten, allerdings nicht ohne Einbeziehung des Stadtteilbeirates Walle und der am Runden Tisch beteiligten Vereine.

Begründung:

Aufgrund einer Einzelfallentscheidung ist erneut eine Diskussion darüber entbrannt, ob man nicht doch das Wohnen in Kleingartengebieten wieder gestatten sollte. Begründet wird die Diskussion u. a. mit der augenblicklichen Wohnungsproblematik und der Tatsache, dass preiswerter Wohnraum immer knapper wird.

Der Rund Tisch hat in den Jahren 2000 - 2002 einen mühevollen Kompromiss erzielt. Daran beteiligt waren alle relevanten Gruppen und Institutionen des Kleingartenwesens.

Diesen mühevollen Kompromiss aufzukündigen bedeutet, dass z.B. der gültige B-Plan 1800 für die Waller Feldmark aufgehoben werden muss. Dies würde wiederum einem Dambruch gleichkommen, denn Bodenspekulanten würden sich dieses Gebietes annehmen und mehr und mehr die Kleingarten verdrängen. Damit wäre das Ziel, den Status des Kleingartengebietes als wohnortnahes Naherholungsgebiet zu erhalten, nicht mehr zu gewährleisten. Und auch die Pläne für einen Landschaftspark könnten dann zu den Akten gelegt werden.

Bremen, den 26. Februar 2013

Jörg Tapking

Fraktionssprecher

Geestemünder Straße 19

0421-3909025

joerg.tapking@dielinke-bremen.de

www.dielinke-bremen-nordwest.de/

Bremen, den 04.03.2013

DIE LINKE. Im Beirat Walle
c/o Jörg Tapking, Geestemünder Str. 19, 28219 Bremen

Antrag Fraktion DIE LINKE: Kleingartengebiete sichern und weiterentwickeln!

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

1. Der Stadtteilbeirat Walle fordert ein unverzügliches Abrissmoratorium für die in der Waller Feldmark existierenden bewohnten Kleinhäuser, die sogenannten Kaisenhäuser, mit dem Ziel zusammen mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr eine Lösung für die BewohnerInnen und NutzerInnen der Kleingartengebiete in der Waller Feldmark zu finden, die es KaisenauswohnerInnen und BewohnerInnen, die auf Grund des sogenannten Kudella-Erlasses dort leben, sowie anderen BewohnerInnen die ein Parzellenhaus erworben oder ausgebaut haben, ermöglicht, ihre bestehenden Nutzungen beizubehalten und auf kalte Enteignungen verzichtet
2. Der Stadtteilbeirat Walle setzt sich dafür ein, dass Kleingartenvereinen ermöglicht wird, die Umwandlung in ein Wochenend- und Feriennutzungsgebiet vorzunehmen.
3. Der Stadtteilbeirat Walle setzt sich dafür ein, dass unter der Vorgabe, dass die Waller Feldmark ein Naherholungsgebiet bleibt, die entwickelten Nutzungen der eigenen Parzelle für Leben und Wohnen anerkannt und auf eine sichere Grundlage gestellt werden. Dazu gehören das Übernachten auf der Parzelle, die Feriennutzung und auch das alternative Wohnen im eng begrenzt baulichen Rahmen.
4. Der Stadtteilbeirat setzt sich seit langem für die Aufwertung der Waller Feldmark zum Naherholungsgebiet ein. Er erwartet deshalb zum einen, dass die seit Jahren leerstehenden und nicht mehr bewohnbaren Kaisenhäuser nunmehr unverzüglich abgerissen werden. Zum anderen müssen aus brachliegenden Flächen schnellstmöglich verpachtbare Gärten entstehen oder öffentliche Grünflächen.
5. Wir begrüßen deshalb, wenn der Senat von der Stadtbürgerschaft aufgefordert wird, das Konzept über den Umgang mit Wohnnutzungen und strittigen Bauten in Kleingartengebieten zu überarbeiten, allerdings nicht ohne Einbeziehung des Stadtteilbeirates Walle, der Vereine, der NutzerInnen und BewohnerInnen. Deshalb fordert er eine öffentliche Anhörung zum Thema und eine umfassende Information, wie der Umgang mit alternativen Wohnformen in Kleingartengebieten in anderen Kommunen gehandhabt wird, welche Konfliktlösungen es dort gibt

und welche rechtlichen Möglichkeiten existieren, die vorhandenen Nutzungen rechtlich abzusichern.

6. Der Beirat fordert den Senat auf, bis zu einer endgültigen Klärung nicht gegen BewohnerInnen und vermutete BewohnerInnen vorzugehen, weder in Form des Abrisses, noch in Form der Begehung, der Rückbauaufforderung oder anderen Schriftwechseln, die eine „Klärung“ vermuteter Bewohnung zum Ziel haben.

Begründung:

Das Ergebnis des runden Tisches 2000-2002 hat die Probleme nicht gelöst, denn er ging davon aus, dass sich das Thema „Wohnen auf der Parzelle“ erledigt hätte und es nur um Regelungen für „AuswohnerInnen“ gehen müsse. Diese Auffassung hält der Realität nicht stand. Ein massenhafter Zuzug in die Kleingartengebiet ist heute sicher nicht mehr zu erwarten. Dennoch gibt es weiterhin Menschen, für die Wohnen auf der Parzelle eine selbstgewählte Form, des selbstbestimmten Wohnens ist, der sie aus verschiedensten Gründen den Vorzug vor anderen Wohnformen geben.

Es ist nicht hinnehmbar, dass KaisenhausauswohnerInnen und Geduldete unter Druck gesetzt werden, Abrissvereinbarungen mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu treffen. Willkürlich werden zum Teil sogar hoch betagte BewohnerInnen angeschrieben und damit in eine verzweifelte Situation gebracht. Zudem sollen zukünftig Situationen vermieden werden, die zu einer „kalten Enteignung“ der KaisenhausbewohnerInnen führen.

Die so genannte Bereinigung der Waller Feldmark hat dazu geführt, dass Gärten verwildern, Menschen, die legal dort wohnen, zunehmend isolierter sind und verstärkte Einbruchskriminalität sowie Vandalismus zu verzeichnen sind.

Es ist bekannt, dass neben den legalen und geduldeten BewohnerInnen der Waller Feldmark weitere Menschen in dem Gebiet leben. Auch für diese muss eine Lösung gefunden werden, die ihre Wohn- und Lebensform anerkennt und auf eine sichere Grundlage stellt, ohne dass die Waller Feldmark den Charakter eines Naherholungsgebiets verliert.

Bremen, den 4. März 2013

Jörg Tapking und Fraktion DIE LINKE